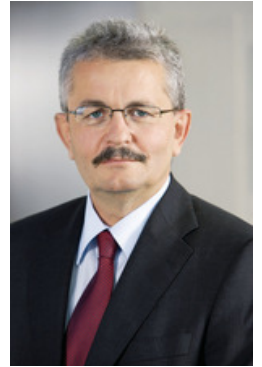


Bertram Brossardt

geboren 1960 in Neustadt/Weinstraße
1979–1985 Studium der Rechtswissenschaften an der Universität München
1988 zweites juristisches Staatsexamen, Bayern
1988–1992 Referent für Forschungsförderung/Zusammenarbeit Wirtschaft/Wissenschaft im Bayerischen Wissenschaftsministerium
1992–1993 Büroleiter des Staatssekretärs im Bayerischen Wissenschaftsministerium
1993–1998 Büroleiter des Bayerischen Staatsministers für Wirtschaft, Verkehr und Technologie
1998–2002 Ansiedlungsbeauftragter des Bayerischen Staatsministers für Wirtschaft, Verkehr und Technologie
2002–2004 Leiter der Abteilung Außenwirtschaft und Standortmarketing im Bayerischen Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie
ab 2005 Hauptgeschäftsführer der Verbände bayme – Bayerischer Unternehmensverband Metall und Elektro e. V., vbm – Verband der Bayerischen Metall- und Elektro-Industrie e. V., vbw – Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e. V.
ab 2007 vbw-Vizepräsident



Franz Josef Düwell

geboren 1946 in Dortmund
1968–1974 Studium der Rechtswissenschaften und Geschichte an der Universität Münster
1977 zweites juristisches Staatsexamen, NRW
1977 Eintritt in den richterlichen Dienst des Landes Nordrhein-Westfalen als Richter auf Probe
1980 Ernennung zum Richter auf Lebenszeit mit Planstelle beim Arbeitsgericht Herne
1985–1989 Abordnung zum Bundesarbeitsgericht als Wissenschaftlicher Mitarbeiter
1989–1990 Abordnung zur Erprobung in der 19. Kammer beim Landesarbeitsgericht in Hamm.
1990–1991 Abordnung zur Vertretung des Direktors des Arbeitsgerichts Dortmund.
1991 Ernennung zum Vorsitzenden Richter, Vorsitz der 2. Kammer des Landesarbeitsgerichts Hamm
1993 Wahl durch den Richterwahlausschuss und Ernennung zum Richter am Bundesarbeitsgericht, Beisitzer in dem Fünften und Neunten Senat des Bundesarbeitsgerichts
2001 Ernennung zum Vorsitzenden Richter am Bundesarbeitsgericht, seitdem Vorsitz im Neunten Senat
2006 Lehraufträge der Universität Konstanz für Betriebsverfassungsrecht, fortlaufend
2010 Ernennung zum Honorarprofessor an der Universität Konstanz



Martin Franzen

geboren in Karlsruhe
1983-1988 Studium der Rechtswissenschaften, Politischen Wissenschaft, Geschichte und Volkswirtschaftslehre an den Universitäten Heidelberg und Berlin
1991 zweites Juristisches Staatsexamen, Berlin
1991-1999 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Fachbereich Rechtswissenschaft der Freien Universität Berlin am Lehrstuhl von Dieter Heckelmann.
1993 Promotion am Fachbereich Rechtswissenschaft der Freien Universität Berlin zum Thema „Der Betriebsinhaberwechsel nach § 613a BGB im internationalen Arbeitsrecht“.
1999 Habilitation ebenfalls an der Freien Universität Berlin – Venia legendi für die Fächer Bürgerliches Recht, Arbeitsrecht, Europarecht und Internationales Privatrecht
1999-2004 Inhaber des Lehrstuhls für Bürgerliches Recht und Arbeitsrecht an der Universität Konstanz
seit 2004 Inhaber des Lehrstuhls für deutsches, europäisches, internationales Arbeitsrecht und Bürgerliches Recht an der Universität München



Christine Haderthauer Vertreter: Markus Sackmann

geboren 1961
ab 1983 Studium der Rechts- und Politikwissenschaften an der Universität Regensburg
1989 juristisches Staatsexamen, Bayern
seit Mai 1990 Stadtrat in Roding und Kreisrat im Landkreis Cham
seit 1990 Landtagsabgeordneter, Stimmkreis Cham
seit 1991 Mitglied im CSU-Parteivorstand
1991-1995 Landesvorsitzender der JU Bayern
2003-2007 Stellvertretender Vorsitzender der CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag
10.2007-10.2008 Bayerischer Staatssekretär für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie
seit 30.10.2008 Bayerischer Staatssekretär für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen



Monika Harms

geboren 1946 in Berlin
1966-1971 Studium der Rechtswissenschaften an den Universitäten Heidelberg und Hamburg
1974 zweites juristisches Staatsexamen, Hamburg
1974-1980 Staatsanwaltschaft Hamburg, Schwerpunkt Wirtschaftsstrafsachen
1980-1983 Landgericht Hamburg, Große Jugendstrafkammer, daneben Zivilkammer
1983-1987 Finanzgericht Hamburg, Richterin am Finanzgericht
1987 Ernennung zur Richterin am Bundesgerichtshof, 3. Strafsenat
1990 Wechsel zum 5. (Berliner) Strafsenat (insbesondere wegen Steuer- und Zollstrafsachen)
1996 Stellvertretende Vorsitzende der vorstehend genannten Senate
1997 Umzug des 5. Strafsenats des Bundesgerichtshofs nach Leipzig
1999 Ernennung zur Vorsitzenden Richterin am Bundesgerichtshof; seitdem Vorsitzende des 5. (Leipziger) Strafsenats, des Senats für Steuerberater- und Steuerbevollmächtigtensachen sowie des Senats für Wirtschaftsprüfersachen
seit Juni 2006 Generalbundesanwältin beim Bundesgerichtshof



Michael Kort

1975-1981 Studium der Rechtswissenschaften und Philosophie an den Universitäten Bochum und München
1984 zweites juristisches Staatsexamen, Bayern
anschließend Rechtsanwalt in München
1985 Promotion in München
Tätigkeit als Akademischer Rat a.Z.
1988-1989 einjähriger Forschungsaufenthalt an der University of California at Berkeley
1989-1993 Rechtsanwalt in einer international ausgerichteten Wirtschaftsanwaltskanzlei in München
seit 1990 Lehrbeauftragter für Wirtschafts- und Arbeitsrecht an der Universität München
1996 Habilitation in München
1997-2002 Inhaber des Lehrstuhls für bürgerliches Recht, Arbeits- und Sozialrecht, Handels- und Unternehmensrecht an der Juristischen Fakultät der TU Dresden
seit 2002 Inhaber des Lehrstuhls für Bürgerliches Recht, Wirtschaftsrecht, Gewerblichen Rechtsschutz und Arbeitsrecht an der Juristischen Fakultät der Universität Augsburg



Sabine Leutheusser-Schnarrenberger

geboren 1951 in Minden/Westfalen
1970-1975 Studium der Rechtswissenschaften an den Universitäten Göttingen und Bielefeld
1978 zweites juristisches Staatsexamen, NRW
1979-1990 Tätigkeit beim Deutschen Patentamt in München, zuletzt Leitende Regierungsdirektorin
seit 1990 Mitglied des Deutschen Bundestages
seit 18.5.1992 Bundesministerin der Justiz
am 17.11.1994 wiedervereidigt als Bundesministerin der Justiz
am 17.1.1996 Rücktritt vom Amt der Bundesministerin der Justiz nach dem Mitgliederentscheid der FDP zum sog. großen Lauschangriff
seit 1997 bis Ende 2009 Rechtsanwältin in München
seit 28.10.2009 Bundesministerin der Justiz



Jerzy Montag

geboren 1947 in Kattowitz, Polen
1966-1973 Studium der Rechtswissenschaften, Soziologie und Politikwissenschaften an den Universitäten Heidelberg, Mannheim und München
1975 zweites Juristisches Staatsexamen
seit 1975 Rechtsanwalt, Fachanwalt für Strafrecht
1999-2002 Landesvorsitzender der bayerischen Bündnisgrünen
seit Oktober 2002 Mitglied des Deutschen Bundestages
Ordentliches Mitglied des Rechtsausschusses
Ordentliches Mitglied des Ausschusses für die Angelegenheiten der Europäischen Union
Stellv. Mitglied der Enquete-Kommission Internet und digitale Gesellschaft
Rechtspolitischer Sprecher der bündnisgrünen Bundestagsfraktion



Reinhard Müller

geboren 1968 im niedersächsischen Walsrode
1988-1993 Studium der Rechtswissenschaften und Geschichte an der Universität Münster; ein Semester Erasmus-Student in Nijmegen, Völker- und Europarecht
ab 1994 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Öffentliches Recht, Europa- und Völkerrecht der Technischen Universität Dresden
1996 Promotion
Rechtsreferendariat unter anderem in der Abteilung für DDR-Unrecht bei der Staatsanwaltschaft Dresden, in der Pressestelle des sächsischen Innenministeriums, an der Hochschule für Verwaltungswissenschaften in Speyer sowie in der Zentrale der Vereinten Nationen in New York
1997 zweites juristisches Staatsexamen
1998 Eintritt in die politische Redaktion der Frankfurter Allgemeinen Zeitung
zuständig für „alles, was Recht ist“ und Innenpolitik; verantwortlich für die Seite „Staat und Recht“



Hans-Jürgen Papier

geboren 1943 in Berlin
Studium der Rechtswissenschaft an der Freien Universität Berlin
1970 Promotion in Berlin
Habilitation an der Freien Universität Berlin für die Fächer Staats- und Verwaltungsrecht, Finanz- und Steuerrecht
1974-1991 Universitätsprofessor an der Universität Bielefeld
zehn Jahre Richter im Nebenamt am Oberverwaltungsgericht des Landes Nordrhein-Westfalen in Münster
2003 Ehrendoktor der Fakultät für Rechtswissenschaften der Aristoteles Universität Thessaloniki
2006 Ehrendoktor der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften in Speyer
1998 Ernennung zum Vizepräsidenten des Bundesverfassungsgerichts
2002-März 2010 Präsident des Bundesverfassungsgerichts, Vorsitzender des Ersten Senats
seit 1992 Lehrstuhl für Öffentliches Recht, insbesondere deutsches und bayerisches Staats- und Verwaltungsrecht sowie Öffentliches Sozialrecht an der Universität München



Randolf Rodenstock

geboren 1948 in München
Studium der Physik an der Technischen Universität München
1976 Abschluss als Diplom-Physiker, Eintritt in die Optische Werke G. Rodenstock, München
1977/78 Studium an der Business School INSEAD in Fontainebleau, Abschluss MBA
1983 Eintritt in den Gesellschafterkreis der Optische Werke G. Rodenstock als persönlich haftender Gesellschafter, Leitung des Unternehmens gemeinsam mit Prof. Dr. Rolf Rodenstock (Vater)
1990 Übernahme der Gesamtverantwortung für die Rodenstock Unternehmensgruppe, Vorsitzender der Konzernleitung
Ende 2003 Wechsel an die Spitze des Aufsichtsrats der Rodenstock GmbH
seit 2007 Mitglied des Aufsichtsrats der Rodenstock GmbH
Mitglied des Aufsichtsrats E.ON Energie AG, des Beirats der Dresdner Bank AG, des Beirats des Gerling-Konzerns, des Beirats Bridgepoint Capital GmbH
Mitglied des Beirats der Bayerischen Landesbank



Peter Schaar

geboren 1954 in Berlin
Studium der Volkswirtschaftslehre
1980-1983 Referent im Senatsamt für den Verwaltungsdienst der Freien und Hansestadt Hamburg
Referatsleiter Datenverarbeitung und Statistik in der Behörde für Schule und Berufsausbildung der Freien und Hansestadt Hamburg
1986-1994 Referatsleiter beim Hamburgischen Datenschutzbeauftragten; 1994-2002 stellvertretender Dienststellenleiter
2001-2002 Mitglied der Begleitkommission zur Modernisierung des Datenschutzrechts
2002 Wechsel in die Privatwirtschaft, Gründung eines Datenschutzberatungsunternehmens, das er bis Oktober 2003 als Geschäftsführer leitete
seit 2007 Lehrbeauftragter am Department Informatik in der Fakultät für Mathematik, Informatik und Naturwissenschaften der Universität Hamburg
seit 2003 Bundesbeauftragter für den Datenschutz, seit 2006 Bundesbeauftragter für den Datenschutz und die Informationsfreiheit



Olaf Schneider

geboren 1971 in Bergisch Gladbach
1991-1996 Studium der Rechtswissenschaften an der Universität Bonn
1997-1998 University College London (UCL), London, England, Master of Laws (LL.M.) mit dem Schwerpunkt International Business Law
2000 zweites juristisches Staatsexamen, NRW
2001-2005 Rechtsanwalt (Managing Associate), Linklaters Oppenhoff & Rädler, Frankfurt am Main, Berlin
Schwerpunkt im Bereich Mergers & Acquisitions, Gesellschaftsrecht, Vertragsrecht sowie Bank- und Kapitalmarktrecht
2005-2006 Legal Counsel, GE Commercial Finance Fleet Service, Neu-Isenburg, Mitglied der deutschen Geschäftsleitung
2007-2009 Legal Director & Compliance Leader, GE Capital Solutions, München, Mitglied der deutschen Geschäftsleitung
2008-2009 Geschäftsführer, GE Auto Service Leasing GmbH, München, Geschäftsführer, GE Auto Service Leasing GmbH (Österreich), Wien, Geschäftsführer, FleetCompany Fuhrparkmanagement GmbH, Wien
seit Januar 2010 Chief Compliance Officer, MAN SE, München



Olaf Scholz

geboren 1958 in Osnabrück
Studium der Rechtswissenschaften an der Universität Hamburg
seit 1985 Rechtsanwalt in Hamburg, Zimmermann, Scholz und Partner
1982-1988 stellvertretender Bundesvorsitzender der Jungsozialisten
1998 bis Mai 2001 Mitglied des Deutschen Bundestages (Wahlkreis Hamburg-Altona)
Mai 2001 bis Oktober 2001 Innensenator der Freien und Hansestadt Hamburg
2000-2004 Landesvorsitzender der SPD Hamburg
seit 2002 erneut für den Wahlkreis Hamburg-Altona im Deutschen Bundestag, Mitglied im Rechtsausschuss, Stellvertretendes Mitglied im Innenausschuss
November 2007 bis Oktober 2009 Bundesminister für Arbeit und Soziales
Oktober 2009 Wahl zum stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden der SPD Bundestagsfraktion
November 2009 Wahl zum Landesvorsitzenden der SPD Hamburg
November 2009 Wahl zum stellvertretenden Parteivorsitzenden der SPD



Rupert Scholz

geboren 1937
1957-1961 Studium der Rechtswissenschaften und Volkswirtschaftslehre an den Universitäten FU Berlin und München
1966 Promotion
1967 zweites juristisches Staatsexamen
1970 Habilitation
seit 1972 Professor für Öffentliches Recht an der Freien Universität Berlin
seit 1978 Lehrstuhl für Öffentliches Recht, insbesondere Verwaltungslehre und Finanzrecht, Universität München; emeritiert Oktober 2005
1985-1988 Mitglied des Abgeordnetenhauses von Berlin
1981-1988 Senator in Berlin für Justiz, Bundes- und Europaangelegenheiten
1988-1989 Bundesminister der Verteidigung
1990-2002 Mitglied des Deutschen Bundestages
1998-2002 Vorsitzender des Rechtsausschusses des Deutschen Bundestages
seit 2005 Of Counsel Rechtsanwälte Gleiss Lutz, Büro Berlin

